



Samstag, 01. September 2018, 15:57 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Der Vernichtungskrieg

Im Umgang mit Russland fehlt der Bundesregierung jedes historische Gewissen.

von Stefan Korinth
Foto: SvetMedvedeva/Shutterstock.com

Regelmäßig trommeln deutsche Politiker und Alpha-Journalisten gegen Russland. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass weniger Aggressivität und mehr Zurückhaltung gegenüber Russland angebracht sind. Wehrmacht und SS führten einen barbarischen Rasse- und Vernichtungskrieg mit 27 Millionen Todesopfern gegen die UdSSR. Drei Jahre lang verheerte Nazi-Deutschland die besetzten Gebiete mit Massenmorden, Zerstörung, Hungerpolitik und Sklavenarbeit. Wo bleibt das historische Gewissen der Bundesregierung bei ihren verbalen Ausfällen in heutiger Zeit?

Vor einigen Wochen machte eine angebliche Aussage Ursula von der Leyens die Runde im Internet. Die NATO dürfe einen Erstschlag gegen Russland nicht ausschließen, soll die amtierende deutsche Verteidigungsministerin gesagt haben. Wer sich die Quelle – nämlich die Satire-Website „Berliner Express“ – nicht genau angesehen hatte, konnte das Zitat durchaus ernst nehmen.

Das Problem hierbei ist aber gar nicht so sehr die vermeintliche Leichtgläubigkeit mancher Mediennutzer. Unser aller Problem ist vielmehr, dass Ursula von der Leyen solch eine Aussage tatsächlich zuzutrauen ist. Mich hat das (Fake-)Zitat beim ersten Lesen nicht aus den Socken gehauen. Denn es passt ja absolut in die Denkweise transatlantischer Falken und es passt generell in den herrschenden Zeitgeist großer Teile der westlichen Machteliten in Politik, NATO und Leitmedien.

Von einem entschlossenen Dementi der Verteidigungsministerin oder ihrer Pressestelle zu dem gefälschten Zitat ist denn auch nichts bekannt. Und seien wir realistisch: Große Teile des Medien-Mainstreams – darunter etwa der Faktenfinder der Tagesschau, der nun mit dem gefälschten Zitat wieder mal sein Süppchen gegen Russland **kocht** (<https://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/nato-erstschlag-russland-vonderleyen-101.html>) – würden von der Leyen mit Zähnen und Klauen gegen Kritiker verteidigen, wenn sie solch einen Satz tatsächlich sagen würde.

„Position der Stärke“ gegenüber Russland

In der Tat geben von der Leyen und ihre Kollegen aus der Bundesregierung regelmäßig recht ähnliche Aussagen von sich. Im Juli 2016 beispielsweise **erläuterte**

<https://www.merkur.de/politik/nato-gipfel-leyen-fordert-konsequente-haltung-gegenueber-russland-zr-6553700.html>) die CDU-Politikerin, Deutschland und die Nato müssten aus einer „Position der Stärke“ mit Russland sprechen. Bundeskanzlerin Angela Merkel **erklärte**

<https://www.merkur.de/politik/regierungserklaerung-von-merkel-zu-nato-und-ruestungsausgaben-zr-6550014.html>) zur gleichen Zeit: Die NATO müsse mehr Präsenz im Baltikum und in Polen zeigen. Außenminister Heiko Maas **sagte**

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article181223370/Heiko-Maas-SPD-Sanktionen-gegen-Moskau-bleiben-in-Kraft.html>) kürzlich, dass die Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs nicht mehr zeitgemäß sei. Zur Erinnerung: Damals ging es um Entspannung, Annäherung und Versöhnung. Maas, von der Leyen und Co. halten das vermutlich für eine Position der Schwäche.

Einen Großteil der deutschen Alpha-Journalisten haben sie mit dieser Haltung sowieso auf ihrer Seite. Diese poltern gern selbst gegen Russland und bieten anderen Polterern bereitwillig eine Plattform. Erst im April dieses Jahres **wiederholte** <https://www.welt.de/politik/deutschland/article175686232/Ursula-von-der-Leyen-Putin-schaetzt-keine-Schwaeche-Anbiedern-macht-ihn-nicht-freundlicher.html>) von der Leyen ihre Forderung der Härte gegenüber Russland. Mit einer Mischung aus Hollywoodpsychologie und 50er-Jahre-Rhetorik bekräftigte sie im Interview mit der Bild am Sonntag:

„Präsident Putin schätzt keine Schwäche. Anbiedern oder Nachgiebigkeit macht ihn nicht freundlicher. (...) Das Kernproblem ist heute: Der Kreml braucht Feindbilder, die freien Gesellschaften des Westens nicht. Deshalb ist es wichtig, dass wir aus einer Position der Geschlossenheit und Stärke bereit bleiben zum Dialog mit Moskau.“

Immerhin: Noch kommt der Begriff „Dialog“ vor, möchte man aus diesem Wust heuchlerischer Sätze positiv hervorheben. So gesehen

wird die Verteidigungsministerin auch nichts dagegen gehabt haben, dass ihr russischer Amtskollege Sergej Schoigu auf von der Leyens Thesen reagierte.

Im Ton zwar ruhig, aber faktisch empört, **sagte**

([https://www.youtube.com/watch?](https://www.youtube.com/watch?v=k3nEfWPreJk&feature=youtu.be&t=1162)

[v=k3nEfWPreJk&feature=youtu.be&t=1162](https://www.youtube.com/watch?v=k3nEfWPreJk&feature=youtu.be&t=1162))er: „Nach all dem, was Deutschland unserem Land angetan hat, sollte man dort besser noch 200 Jahre nichts zu dem Thema sagen.“ In Deutschland solle man in die Geschichte schauen oder die Großelterngeneration fragen, was es bedeute, mit Russland aus einer Position der Stärke zu sprechen, empfahl Schoigu.

Weißer Fleck: Unternehmen Barbarossa

Doch, was Schoigu vielleicht nicht weiß: Diese historische Lehre ist im heutigen Deutschland nicht sonderlich präsent. Der deutsche Überfall und die folgende Besetzung eines großen europäischen Teils der Sowjetunion von 1941 bis 1944 spielen im historischen Gedächtnis der meisten Deutschen nur eine sehr geringe Rolle. Im offiziellen Gedenken, in Filmen oder Medienberichten kommt diese Phase deutscher Geschichte kaum vor.

Und wenn das „Unternehmen Barbarossa“ doch mal thematisiert wird, dann meist in etwa so: Der Krieg „brach aus“, man wurde vom brutalen russischen Winter überrascht und in Stalingrad litten die deutschen Soldaten. Eine ganze Armee saß dort „in der Falle“, wie es in einer ZDF-Doku **heißt** (<https://youtu.be/w-2CJgoz-HY?t=21>). Schließlich musste sich die geschundene Wehrmacht vor der russischen Übermacht zurückziehen und die Rote Armee rückte vergewaltigend und brandschatzend in Deutschland ein.

Also, was meint dieser Schoigu nur? Was hat Deutschland seinem Heimatland „angetan“? Es ist anzunehmen, dass Ursula von der Leyen das durchaus weiß. Doch eine kleine Auffrischung des historischen Gedächtnisses zum heutigen Antikriegstag kann nicht schaden.

Der grausamste Feldzug der Geschichte

„Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion ist als brutalster und ungeheuerlichster Feldzug in die Geschichte eingegangen“, schreibt der Osteuropahistoriker Dieter Pohl in seinem Buch „Die Herrschaft der Wehrmacht“ (1). Schon Zeitgenossen bezeichneten den Angriff als „Vernichtungskrieg“. Ein Krieg, in dem, anders als bei den vorangegangenen Feldzügen, überhaupt kein Recht mehr galt.

In der Sowjetunion entfernten sich die Verhaltensnormen immer weiter von den schon nicht zimperlichen Umgangsformen in zuvor besetzten Ländern wie etwa Frankreich. Die „moralischen Koordinaten“ von Soldaten und anderen deutschen Verantwortlichen verschoben sich ins Bodenlose. Pohl schreibt in seinem Buch von „moralischer Entthemmung“.

Diese moralische Entthemmung, die zuvor durch gezielten Feindbildaufbau in Deutschland gefördert worden war, führte zu Verbrechen unbeschreiblicher Grausamkeit. Ganz abgesehen vom grundsätzlichen Verbrechen, ein Land anzugreifen, seine Bevölkerung – egal ob Soldat oder Zivilist – umzubringen, zu verwunden, zu traumatisieren, zu vertreiben sowie die Infrastruktur dieses Landes zu zerstören; sollen hier ein paar besonders abscheuliche Aspekte des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion in Erinnerung gerufen werden.

Nie starben so schnell so viele Kriegsgefangene

Eine der ersten Opfergruppen der deutschen Invasion waren die Soldaten der Roten Armee. Viele von ihnen starben auf dem Schlachtfeld. Doch 5,7 Millionen Rotarmisten ergaben sich im Verlauf des Krieges den deutschen Angreifern. Das Leben dieser Kriegsgefangenen galt den deutschen Angreifern nichts. 2,5 Millionen sowjetische Soldaten starben in der Folge in deutschen Lagern. Die Ungeheuerlichkeit dieser Zahl macht Dieter Pohl deutlich: „Niemand in der Geschichte starben so viele Kriegsgefangene in so kurzer Zeit wie die Rotarmisten in deutscher Hand.“

Und dabei sind die Soldaten, die sofort nach ihrer Gefangennahme erschossen wurden, nicht mal mitgezählt. Solche Erschießungen gehörten zum „traurigen Alltag“ des Krieges, so Pohl.

Wer gefangen genommen wurde und den folgenden Marsch überlebte, kam auf unbestimmte Zeit in ein Durchgangslager (Dulag). Diese Lager waren oft nicht mehr als umzäunte Wiesen. Ohne hygienische Anlagen mussten die Gefangenen unter freiem Himmel dahinkeuchen oder in selbstgebauten Erdlöchern hausen. Auch viele dauerhafte Lager boten nur primitivstes Niveau.

Als Verpflegung gab es dünne Suppe oder minimale Brotportionen von rund 200 Gramm täglich – versetzt mit Sägemehl. Hunger, Seuchen und sinkende Temperaturen sorgten für immer mehr Tote unter den gefangenen Soldaten. Die deutschen Angreifer ließen ihre Gefangenen ungerührt hinter Stacheldraht verrecken.

Zehntausende Leichen in jedem Lager

Einige Zahlenbeispiele: Aus einem Dulag in der Stadt Roslavl bei Smolensk ließ die Lagerleitung um den Jahreswechsel 1941/42 in nur einer Woche 16.000 Leichen entfernen. In Wjasma ebenfalls bei Smolensk starben bis zu 25.000 Rotarmisten im örtlichen Dulag. In den Lagern Mogilews in Weißrussland lag die Todeszahl zwischen 30.000 und 40.000. Die gleiche Größenordnung gilt für das Dulag in Bobruisk bei Minsk. Im Kriegsgefangenenlager Vitebsk starben mindestens 76.000 Rotarmisten. In den Lagern des Städtchens Chorol bei Kiew kamen rund 57.000 Gefangene um.



November 1941: So wie hier in einem Lager in der russischen Stadt Wjasma (Vjazma) ließ die deutsche Militärverwaltung unzählige sowjetische Kriegsgefangene in Lagern verhungern und erfrieren (Bildquelle: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/Dokumentationsstelle Celle).

Dieter Pohl bezeichnet das Vorgehen der deutschen Verantwortlichen als „Vernichtungspolitik“. Die Lagerleiter verhinderten regelmäßig die Versorgung der Insassen durch die Zivilbevölkerung. Rückten SS-Kommandos an, öffneten sie hingegen die Tore. Die SS selektierte und exekutierte dann die jüdische

Rotarmisten, Politfunktionäre und oft alle anwesenden Offiziere der Roten Armee. Allein 50.000 jüdische Rotarmisten wurden auf diese Weise hingerichtet.

Russlanddeutsche, Balten und zahlreiche Ukrainer wurden durch die deutschen Stellen hingegen aus der Masse der Gefangenen herausgelöst. Diese wurden meist für Polizei- und Militärdienste rekrutiert oder für landwirtschaftliche Hilfsdienste verpflichtet. Der einfache russische Soldat wartete dagegen auf den Tod im Lager.

Der Tod von insgesamt 2,5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen war nicht Folge einer Zwangslage an der Front, wie sich deutsche Verantwortliche später herausreden wollten. Sondern es war eine politische Entscheidung, unterstreicht Dieter Pohl. Die Gefangenen wurden von Anfang bis Ende menschenunwürdig behandelt. Nach dem Willen der deutschen Invasoren galten weder Völker- noch Kriegsrecht für die Rotarmisten. Ihr Leben galt überhaupt nichts.

Erst als der Zwangsarbeitermangel in Deutschland akut wurde, begann man die Gefangenen ein wenig besser zu versorgen, um sie andernorts noch ausbeuten zu können.

Deutsche Hungerpolitik gegen Zivilisten

Das Hungerkalkül setzten die deutschen Verantwortlichen auch gegen die sowjetische, vor allem gegen die russische Zivilbevölkerung ein. Wegen der langen Transportwege und der schlechten Infrastruktur plante die deutsche Heeresleitung die Versorgung der Wehrmacht ab 500 Kilometern östlich „aus dem Lande“ heraus, schreibt Pohl. Das heißt, die Wehrmacht beschlagnahmte die Nahrung vor Ort rücksichtslos und tat so gut

wie nichts dafür, dass sich die einheimische Bevölkerung, die ja vor allem aus Frauen, Kindern und Alten bestand, weiter ernähren konnte.

Für die Ukraine und das Baltikum sollte es zumindest theoretisch noch eine Grundversorgung geben. Die russische Zivilbevölkerung hingegen sollte völlig von der Nahrungsversorgung abgeriegelt werden. Die NS-Führung selbst rechnete mit rund 30 Millionen russischen Hungertoten wegen der deutschen Ausbeutung der sowjetischen Landwirtschaft. Den besetzten Armeegebieten wurde von der Militärverwaltung freigestellt, ihre Räume komplett auszuplündern, schreibt Pohl. Die Wehrmacht sprach selbst von „Kahlfraßzonen“.

Todeszahlen wie sonst nur in Ghettos

Darunter litt nicht nur die Landbevölkerung. Auch in den besetzten Städten in Russland, in Weißrussland oder im ukrainischen Charkow und Donezk, wo vor allem Russen lebten, kam nichts mehr an. In der „Kahlfraßzone“ in und um Charkow etwa herrschten Pohl zufolge 1941/42 Dimensionen des täglichen Hungersterbens, wie sonst nur in den jüdischen Ghettos des besetzten Polens.

Am 17. Juli 1942 schrieb der deutsche Sanitäter Wilhelm Hebestreit in seinem Tagebuch über zerlumpfte Kinder in der Ukraine, die in Abfallhaufen wühlten:

„Sie machten sich über blanke Knochen oder schmutziges Papier her, in dem einmal Butter gewesen war, so wie es Hunde tun. Zum ersten Mal sah ich hier Kinder und alte Frauen, die buchstäblich nur noch aus Haut und Knochen bestanden.“

Hungerblockade gegen Leningrad

Vor den besetzten Gebieten waren die Krim, der Osten und Nordosten der Ukraine sowie das Leningrader Umland stark vom Hunger betroffen. Gegenüber der Metropole Leningrad selbst setzte das deutsche Militär nicht auf Besatzung, sondern auf Belagerung und Hungerblockade. „Was sollen wir mit einer dreieinhalb Millionen Stadt, die sich nur auf unser Verpflegungsportemonnaie legt? Sentimentalitäten gibt es dabei nicht“, sagte Generalquartiermeister Eduard Wagner, oberster deutscher Militärverwalter in der besetzten Sowjetunion. Mehr als eine Million Einwohner der Stadt verloren durch die Hungerblockade ihr Leben.

In den sowjetischen Gebieten unter deutscher Militärverwaltung sind wahrscheinlich weitere hunderttausende Menschen verhungert. Genaue Opferzahlen lassen sich nicht rekonstruieren, schreibt Pohl. Doch auch viele Überlebende – besonders Kinder – waren für den Rest ihres Lebens durch die Unterernährung geschädigt.

Die Zeit der deutschen Besatzung war für die sowjetische Zivilbevölkerung insgesamt eine Phase künstlich erzeugter Hungersnot. Dieter Pohl schreibt: „Die ganze wirtschaftliche Kriegsplanung beruhte auf einem kriminellen Hungerkalkül, das – je nach Einstellung – einen Massenhunger oder sogar den Tod von Millionen Menschen vorsah.“

Partisanen all überall

Sowjetische Zivilisten hatten aber nicht nur den Tod durch Hunger zu befürchten. In vielen Gebieten wurden sie zum eigentlichen Ziel des deutschen Anti-Partisanen-Kampfes, den man damals als „Bandenkampf“ bezeichnete. Alle Personen, die auch nur im

Verdacht standen, Partisanen zu sein oder diesen zu helfen, seien zu erschießen, befahl das Oberkommando der Wehrmacht. Adolf Hitler ergänzte in einer Weisung, dass Frauen und Kinder dabei nicht zu schonen seien. Kein Soldat werde für seine Handlungen im Bandenkampf bestraft.



Durch deutsche Truppen gehängte Partisanen in Russland 1943 (Bildquelle: Bundesarchiv, Bild 101I-031-2436-05A/Koch/CC-BY-SA 3.0).

Großunternehmungen des Militärs gegen vermeintliche Partisanengebiete erschöpften sich oft im Massenmord an der Zivilbevölkerung, in der pauschalen Einäscherung der Dörfer und dem Mord an Juden, die sich in den Wäldern versteckt hatten. Allein die Anti-Partisanen-Aktion „Unternehmen Cottbus“ im Norden Weißrusslands forderte 20.000 „Feindtote“. Vor allem die beteiligte SS verschleierte unter diesem Begriff ihre Massaker an der Zivilbevölkerung. Bis zu 3.000 der Opfer der Aktion starben, weil die SS sie über Minenfelder schickte.

Obwohl es in den deutschen Stellen zu Diskussionen kam, ob man mit dieser Brutalität nicht den wirklichen Partisanen die Menschen

erst in die Arme treibe, wurde der Bandenkampf noch verschärft. Die Militärverwaltung ging dazu über, die nicht ermordete Restbevölkerung der Partisanenregionen vollständig zu verschleppen – zur Zwangsarbeit oder in KZ. „Damit war die extremste Form deutscher Herrschaft in Europa erreicht, die Schaffung menschenleerer Gebiete“, schreibt Dieter Pohl.

Die SS führte in der Sowjetunion einen Lebensraumkrieg ohne jede Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung und mit Massenmorden als probates Mittel. Selbst die Zivilisten, die überlebten, hatten in der Regel alles verloren.

Mörderische Ausbeutung

Millionen Menschen wurden als Zwangsarbeiter aus der besetzten Sowjetunion nach Deutschland deportiert. Von allen Zwangsarbeitergruppen in Deutschland erfuhren die „Ostarbeiter“ die mit Abstand mieseste Behandlung. Monatlich meldete der Wirtschaftsstab Ost eine Zahl zwischen 900 und 1.700 toten Ostarbeitern in Deutschland. „Da es sich meist um jüngere Jahrgänge handelte, ist dies kaum auf ‚natürliche‘ Todesursachen zurückzuführen“, erklärt Dieter Pohl. Unterversorgung, Überlastung, Misshandlung aber auch Morde im Exzess oder an schwangeren Ostarbeiterinnen waren die Todesursachen.

Für Partisanen, egal zu welcher Fraktion sie gehörten, war es eine der wichtigsten Aufgaben, die Verschickung von Zwangsarbeitern durch die Deutschen zu verhindern. Die Deportation vor allem junger Frauen sowie von Kindern und Jugendlichen war einer der Aspekte, der die deutsche Herrschaft unter der sowjetischen Zivilbevölkerung besonders verhasst machte.

Neben diesen Deportierten mussten Millionen weitere Menschen

vor den Kampfhandlungen aus ihren Heimatorten flüchten. Andere wurden durch das deutsche Militär bei dessen Rückzug vor der Roten Armee zwangsevakuert. Insgesamt mussten gut 20 Millionen Menschen in der besetzten Sowjetunion wegen des Krieges ihre Heimat verlassen, schätzt Pohl. Beim Anblick fliehender Zivilisten aus Stalingrad notierte der deutsche Soldat Xaver Kößl:

„Zivilpersonen vom kleinsten, nur ein paar Wochen alten Kind bis zum Greis, der sich kaum noch auf den Beinen halten kann. Mit ihren wenigen Habseligkeiten, auf Karren ziehend oder selbst tragend, so wandern sie die Straße zurück. Kein Haus bietet Schutz für die Nacht. 50 bis 100 Kilometer ohne Ansiedlung.“

Heute steht die deutsche Armee wieder in Litauen

Millionenfacher Massenmord an Kriegsgefangenen, künstlich erzeugte Hungersnöte, Massenmord an Frauen und Kindern, tödliche Zwangsarbeit und Vertreibung – so weit zu den besonders widerlichen Verbrechen Nazi-Deutschlands in der Sowjetunion. Der Wahnsinn des millionenfachen Judenmords durch die SS und andere Gruppierungen dort wurde an dieser Stelle nicht thematisiert, da hierzu noch ein zusätzlicher Artikel folgt.

Vor diesem historischen Hintergrund sind die Worte des russischen Verteidigungsministers verständlich – hingegen wirken die eingangszitierten Worte Merkels, Maas' oder von der Leyens besonders verstörend. Zumal es nicht bei Worten bleibt. Seit 2017 steht die deutsche Armee wieder in Litauen. „Was hat eigentlich die Bundeswehr im Baltikum zu suchen?“, **fragte** (<https://www.youtube.com/watch?v=-4n6J6q4G5A&feature=youtu.be&t=5861>) der Journalist Patrik Baab kürzlich und fügte hinzu, es sei „als ob es Stalingrad nie gegeben

hätte.“

Baab hat Recht. Jeglicher Lerneffekt aus dem grausamsten Feldzug der Geschichte ist bei vielen Eliten aus Politik und Medien – vorgeblich ja gut gebildete und wertorientierte Menschen – offenbar schon passé. Als geschichtsbewusster Deutscher mit normalem Moral- und Gerechtigkeitsempfinden ist mir das Verhalten der deutschen Bundesregierung sehr peinlich.

Es geht nicht nur um Russland

So mancher Russlandkritiker wird nun einwenden: Historisch begründete Mäßigung ist nicht angebracht, denn die Sowjetunion ist nicht gleich Russland! Weite Teile des von den Deutschen ab 1941 zerstörten Landes gehörten nicht zu Russland, wurden sogar erst wenige Jahre zuvor von Moskau besetzt. Auch viele Opfer waren gar keine Russen. Das stimmt. Litauen, Lettland, Estland, Weißrussland, Moldawien und die Ukraine wurden von den Deutschen – und den Rumänen im Süden – zuerst erreicht, bevor sie in die westlichen Teile Russlands einfielen.

Doch einerseits richteten sich viele Nazi-Verbrechen gezielt gegen Russen (2), während manch andere Nationalitäten als potenzielle Helfer geschont wurden. Andererseits stellt sich die Frage: Unterscheidet sich der deutsche Umgang mit Nazi-Verbrechen in anderen postsowjetischen Staaten vom Umgang mit Nazi-Verbrechen in Russland? Erfahren die Deutschen darüber mehr in Schulen und Medien? Gedenkt man dieser Verbrechen angemessener? Ist es deutschen Machteliten nicht sogar ganz recht, dass baltische und ukrainische Nationalisten die deutschen Verbrechen in deren Ländern auch lieber unter den Tisch kehren oder gleich Moskau **anhängen**

<https://www.opendemocracy.net/od-russia/ivan->

[katchanovski/owning-massacre-ukraines-katyn\)](#)?

Und ist die moralische Überheblichkeit hierzulande gegenüber Weißrussland – „der letzten Diktatur Europas“, wie Journalisten gern formulieren – etwa geringer als gegenüber Russland? Der MDR zum Beispiel **bezeichnet**

https://www.mdr.de/mediathek/sendung800044_zc-89922dc9_zs-df360c07.html) Weißrussland ganz schamlos als „eines der dunkelsten Länder Europas

Nein, die Differenzierung der Opfer führt zu keinem anderen Resultat. Die deutsche Bundesregierung und der mediale Mainstream zeigen gegenüber diesen Ländern faktisch kein Gewissen für die monströsen Verbrechen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg.

Das gleiche gilt auch für den individuellen Umgang mit Opfern. Obwohl man spätestens seit 1978, seit der Studie des Heidelberger Historikers Christian Streit, vom Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen weiß, entschied sich die Bundesregierung erst 2015, als fast kein Betroffener mehr am Leben war, minimale Wiedergutmachungen von einmalig 2.500 Euro zu zahlen.

Nie wieder Krieg!

Und wer nun sagt, man könne ja wohl kaum heutige Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Russlands wegen früherer deutscher Verbrechen dort ungesühnt lassen, der möge das einmal in Beziehung zum Umgang deutscher Regierungen mit Israel setzen. Hier ist zu sehen, dass historische Großverbrechen durchaus Konsequenzen für politisches Verhalten heute haben können. Zugegeben – die völlig kritiklose Haltung der Bundesregierung gegenüber Israel schlägt ins andere Extrem aus, aber sie zeigt, was

gegenüber Russland vorsätzlich unterlassen wird.

27 Millionen Bewohner der Sowjetunion starben im Zweiten Weltkrieg. 13 Millionen Soldaten, 14 Millionen Zivilisten. Jeder dritte Einwohner der Sowjetunion geriet unter enthemmte deutsche Herrschaft. Auch die, die überlebten, hatten oft alles verloren; waren körperlich oder seelisch geschädigt für den Rest ihres Lebens.

Heute am Antikriegstag 2018, zu einer Zeit, in der die Bundesregierung aufrüstet, Truppen an die russische Grenze schickt, die Entspannungspolitik zu Grabe trägt und die deutsche Kriegsministerin sich besonders stark fühlt, plädiere ich für die Lehren der Geschichte, des Gewissens und der Vernunft: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Quellen und Anmerkungen:

(1) Dieter Pohl: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, Frankfurt am Main, 2011.

(2) Das gilt nicht nur für die Verschonung bestimmter Kriegsgefangener, sondern auch für die Hungerpolitik gegenüber der Zivilbevölkerung. Dieter Pohl schreibt: „Es ist auffällig, dass sich das massenhafte Hungersterben unter der einheimischen Stadtbevölkerung, das um die Jahreswende 1941/42 seinen Anfang nahm, fast durchweg auf eine Bevölkerung erstreckte, die zahlenmäßig von ethnischen Russen dominiert war“ (S. 188).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Stefan Korinth, Jahrgang 1983, ist freiberuflicher Journalist. Er lebt und arbeitet als Autor und Redakteur in Hannover. Dort studierte er Politikwissenschaften und Soziologie. Für seine Abschlussarbeit forschte er in der Ukraine. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind politische und historische Themen sowie der Ukraine-Konflikt. Er schreibt für mehrere unabhängige Online-Medien und eine Nachrichtenagentur. Gemeinsam mit Ulrich Teusch und Paul Schreyer gründete er das Magazin **Multipolar** (<https://multipolar-magazin.de/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.